

# Stadt Siegen

## NIEDERSCHRIFT

### über die 14. Sitzung des Ausschusses für Schul- und Bildungswesens

vom: 21.03.2002  
von: 16:00 Uhr  
bis: 19:20 Uhr  
Ort: Rathaus Geisweid,  
Großer Sitzungssaal

#### Anwesend waren:

##### I. Vom Schul- und Bildungswesen

Höpfner-Diezemann, Ute - als Vorsitzende -  
Bertelmann, Hans-Günter  
Dietrich, Ulrich - für AM Trittman, Klaus bis 19.00 Uhr, TOP 3 n. ö. T. -  
Gierlich, Michael - für Stv Dittert, Katrin bis 18.25 Uhr, während TOP 12 ö. T. -  
Kleine, Sancho-Antonio  
Leonhardt, Traugott - für Stv Flohren, Angelika -  
Pfeifer, Joachim  
Sallen, Georg - für von der CDU-Fraktion noch nicht benanntes ordentl. Mitglied -  
Schleifenbaum, Dorothea  
Schmidt-Peters, Anna - für Stv Groß, Michael -  
Schuß, Lothar - ab 16.15 Uhr, TOP 5 ö. T. -  
Sintzen, Gerlinde  
Wolf, Marianne

##### II. Beratende Mitglieder:

Ax, Bernd  
Bär, Jochen  
Bernshausen, Egon  
Dzaak, Evelyne  
Elemenler, Muhammed  
Jüngst, Werner - für AM Dr. Karbach, Walter -  
Justus, Stefan  
Krämer, Ingrid  
Lange, Günter

Leonhardt, Helgard  
Rosenthal, Achim

Walenta, Nicole - bis 18.20 Uhr, TOP 11 ö. T. -

III. Als Zuhörer:

IV. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

## **A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

### **1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift werden bis 18.20 Uhr, TOP 11 ö. T., Frau Walenta, danach Herr Sallen (CDU-Fraktion) bestimmt.

**14. AfSUB 21.03.2002**

### **2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom**

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

**14. AfSUB 21.03.2002**

### **3. Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

**14. AfSUB 21.03.2002**

### **4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

**14. AfSUB 21.03.2002**

## 5. Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe

### Mündlicher Vortrag

Durch den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen wurde die Integration behinderter Kinder bislang stets unterstützend begleitet, so Frau Körper. Bereits bei Vorüberlegungen bezüglich der Einrichtung sonderpädagogischer Fördergruppen wurde deutlich, dass vor einer integrativen Beschulung umfangreiche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen und die Fragen der Finanzierung zu klären sind.

Das Konzept sonderpädagogischer Fördergruppen in der Sekundarstufe I sieht neben einem getrennten Unterrichtsangebot für behinderte und nichtbehinderte Kinder je nach Möglichkeit die Schaffung gemeinsamer Unterrichtseinheiten vor. Grundsätzlich können die Gruppen in jeder Schulform eingerichtet werden. Die Gruppengröße beträgt mindestens 3 und höchstens 8 Kinder.

Sollen sonderpädagogische Fördergruppen eingerichtet werden, so sind die Voraussetzungen (z. B. behindertengerechte Ausstattung, Lehr- bzw. Lernmittel, Personal) hierfür zu schaffen. Eine umfangreiche Prüfung anhand schulentwicklungsplanerischer Gesichtspunkte ist durchzuführen, um eine langfristig tragfähige Organisationsstruktur zu erhalten.

Im vergangenen Jahr wurde erstmals ein Antrag auf Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an die Haardter-Berg-Schule gerichtet. Die Schulkonferenz sah seinerzeit keine Möglichkeit der Umsetzung. Zwischenzeitlich ist die Nachfragesituation stärker geworden, momentan liegen 5 Anträge vor. Zur Thematik wird eine Vorlage erstellt, über die der Rat in seiner Sitzung am 19.06.2002 als Grundvoraussetzung zur Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe zu befinden hat. Die betreffende Schulkonferenz ist zu hören.

Herr Reichelt zeigt auf, dass die Überlegungen zur integrativen Beschulung auf dem Gleichbehandlungsgrundsatz (Art. 3 Grundgesetz) basieren. Vordergründiger als das Erreichen bestimmter Lernziele ist der Gedanke eines gemeinsamen Miteinanders von behinderten und nichtbehinderten Schülern. Er appelliert an die Ausschussmitglieder, diesbezügliche Wünsche von Eltern behinderter Kinder nach Möglichkeit zu respektieren.

Folgende Verfahrensschritte führen zur Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe:

- Antrag der Eltern auf integrative Beschulung,
- Information und Beratung des Schulträgers,
- Beteiligung der Schulkonferenz,
- Beratung in den politischen Gremien (Klärung der Gesamt-Nachfragesituation, der sächlichen und räumlichen Voraussetzungen und der Auswirkungen auf bestehende (Sonder)Schulen,
- Beschlussfassung über die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe mit Benennung der hierfür in Frage kommenden Schule,
- abschließende Entscheidung durch die Bezirksregierung.

Nachstehende Voraussetzungen müssen von der betreffenden Schule erfüllt werden:

- Integrations- bzw. Kooperationsbereitschaft,
- Benennungsmöglichkeit einer Partnerklasse in angemessener Größe,

- Entwicklung eines pädagogischen Konzeptes,
- Vorhandensein geeigneter Unterrichtsräumlichkeiten incl. behindertengerechter Ausstattung,
- Vorhalten therapeutischen bzw. pflegerischen Personals (der Einsatz von Zivildienstleistenden ist denkbar) und einer Sonderschullehrkraft,
- Beschaffung notwendiger Lehr- und Lernmittel.

Zuständig für die Realisierung eines Anspruches auf sonderpädagogische Förderung und für die Schaffung personeller Voraussetzung bezüglich der Sonderschullehrkraft ist das Schulamt. Für die Erfüllung sächlicher Voraussetzungen wird das Schulamt gemeinsam mit dem Schulträger sorgen. Bezüglich der Schaffung der räumlichen Voraussetzungen liegt die Alleinzuständigkeit bei dem Schulträger.

Frau Viehmann, die eine sonderpädagogische Fördergruppe an der Kreuztaler Deichwaldschule leitet, und Frau Sonnen, die integrativen Unterricht in der Grundschule Kaan-Marienborn durchführt, berichten aus ihrer praktischen Erfahrung. Anhand von Beispielen werden Unterrichtsabläufe und -phasen erläutert. Problematisch ist die Fassung der unterschiedlichen Förder- und Stundenpläne für jedes Kind in *ein* Konzept. Durch gemeinsame Beschulung wird nach anfänglichen Berührungängsten innerhalb kurzer Zeit Sozialverhalten in Form von gegenseitiger Rücksichtnahme gelernt.

Anschließend beantworten Herr Reichelt, Frau Viehmann und Frau Sonnen Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Schleifenbaum gibt zu bedenken, dass die gut funktionierenden Sonderschulen durch Einrichtung sonderpädagogischer Fördergruppen nicht gefährdet werden dürfen. Sie steht den, gemessen an Sonderschulen, höheren Kosten kritisch gegenüber.

Frau Höpfner-Diezemann hält fest, dass Integration in möglichst hohem Maß gewährleistet werden sollte.

Es sollten Wege gefunden werden, sonderpädagogische Fördergruppen einzurichten, meint Herr Pfeifer.

Eine Realisierung darf nicht auf Kosten etablierter Sonderschulen gehen, so Herr Bernshausen. Er befürchtet, dass hohe Ressourcen für Behinderte in diesen Gruppen gebunden werden, die dann gegenüber anderen Menschen mit ähnlichen Behinderungen bessergestellt sind.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

14. AfSUB 21.03.2002

## 6. Schulwegsicherung Mündlicher Bericht

Herr Sondermann führt aus, dass die Schulwegpläne als Element der Schulwegsicherung unter Beachtung des Unfallgeschehens in regelmäßigen

Zeitabständen aufgrund sich ändernder Verkehrssituationen bzw. Schuleinzugsbereiche fortgeschrieben werden. Auf Hinweise von Schulen bzw. Eltern werden in Kooperation der Straßenverkehrsbehörde und der Polizei immer wieder Verbesserungen in Verkehrsabläufen im Schulwegbereich vorgenommen. Eine wünschenswerte grundlegende Überarbeitung der Planunterlagen ist bislang nicht erfolgt. Nachbesserungsbedarf besteht insbesondere in der Aufnahme des Baugebietes Kohrweg in Kaan-Marienborn und in einer umfassenden Überprüfung des Areales Hammerhütte. Auszufeilen sind ebenfalls die Einzugsbereiche der Eichert- und der Gilbertschule. Im Fall der Grundschule Eisern werden die Belange der Schulwegsicherung im Rahmen der zur Zeit laufenden Verkehrsuntersuchung mitüberarbeitet. Nach Vorstellung der Straßenverkehrsbehörde kann die grundlegende Anpassung der Schulwegpläne in die anstehende Untersuchung sämtlicher Tempo-30-Zonen und der Anwohnerparkzonen integriert werden. Er hofft, die Ergebnisse nach Beteiligung der Bezirksausschüsse noch im Laufe dieses Jahres vorstellen zu können.

Frau Höpfner-Diezemann sind Klagen aus Eisern bekanntgeworden, dass beschlossene Maßnahmen seit 1 ½ Jahren nicht umgesetzt wurden. Aufgrund hoher Gefährdung der Schulkinder ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Wegen großen Verkehrsaufkommens (verursacht auch durch Hol- und Bringendienste) in der Straße „Am Sender“ sind Maßnahmen im Umfeld der Giersberggrundschule zu ergreifen, so die Schulleiterin dieser Einrichtung. Zu überdenken ist der Vorschlag, einen einseitigen befestigten Gehweg anzulegen. Ebenso ist eine Beleuchtung / Aufwertung der dort befindlichen Unterführung zu prüfen.

Handlungsbedarf sieht Frau Schmidt-Peters auch im Bereich der Friedrich-Flender-Grundschule in Weidenau.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

### **Beschluss (auf Antrag von Frau Schmidt-Peters):**

Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche Hinweise auf Gefahrenpotentiale und Unzulänglichkeiten bezüglich der Schulwege in einer Aufstellung zu erfassen und einer Bewertung auf tatsächlichen Bedarf zu unterziehen. Kosten für notwendige Maßnahmen sind zu ermitteln. Eine Prioritätenliste ist zu erstellen, aus der hervorgeht, welche Maßnahme wann umgesetzt werden soll.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**14. AfSUB 21.03.2002**

### **7. Anmeldezahlen an den Gesamtschulen der Stadt Siegen**

Vorlagennr. 1791/2002

Herr Bär wünscht eine Bezifferung der Seiteneinsteiger in die Gesamtschulen.

Herr Keßler sagt eine Stellungnahme zur Niederschrift zu.

*Anmerkung zur Niederschrift:*

- *Seiteneinsteiger Bertha-von-Suttner-Gesamtschule:  
31 Personen, davon 21 aus Siegen, 10 aus anderen Gemeinden.*
- *Seiteneinsteiger Gesamtschule Eiserfeld:  
33 Personen, davon 13 aus Siegen, 20 aus anderen Gemeinden.*

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**14. AfSUB 21.03.2002**

**8. Anmeldezahlen an den Grundschulen, Realschulen und Gymnasien der Stadt Siegen**

Vorlagennr. 1798/2002

Auf Frage von Herrn Sallen antwortet Herr Keßler, dass Anmeldezahlen für die Aufbaurealschule Am Oberen Schloss aufgrund der Einführung der Orientierungsstufe nicht mehr erfasst werden.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**14. AfSUB 21.03.2002**

**9. Pauschale Zuweisungen zur Unterstützung kommunaler Aufwendungen im Schulbereich (Schulpauschale)  
hier: Erlass des Innenministeriums NRW vom 08.01.2002**

Vorlagennr. 1800/2002

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**14. AfSUB 21.03.2002**

**10. Baubedarfsnachweis für die Schulen in städtischer Schulträgerschaft  
hier: Zuordnung von Instandsetzungsmaßnahmen zu den Teilhaushalten**

Vorlagennr. 1799/2002

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

14. AfSUB 21.03.2002

**11. Bauliche Unterhaltung der Schulgrundstücke im Haushaltsjahr 2002**

Vorlagennr. 1780/2002

Herr Pfeifer kritisiert, dass die Höhe der in das jeweils kommende Haushaltsjahr zu übernehmenden unerledigten Aufträge von Jahr zu Jahr steigt.

Haushaltsreste lassen sich aufgrund der Haushaltssystematik nicht vermeiden, so Herr Dr. Rohr. Im laufenden Jahr soll das Maßnahmenprogramm auch mittels externer Auftragsvergaben weitestgehend abgearbeitet werden.

Frau Höpfner-Diezemann bittet, den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen regelmäßig über den Bearbeitungsstand zu informieren.

Seines Erachtens sollten aus hygienischen und allergischen Gründen Teppichböden als Fußbodenbelag in Schulen möglichst vermieden werden, bringt Herr Bertelmann zum Ausdruck.

Herrn Schuß ist aufgefallen, dass zahlreiche Brandschutzmaßnahmen aufgeführt sind.

Herr Krieger unterrichtet, dass sich die Vorschriften bezüglich des Brandschutzes wesentlich geändert haben. Bei Neu- und Umbauten sind diese zwangsläufig zu berücksichtigen. Probleme ergeben sich im Bereich älterer Gebäude. Hier ist in jedem Einzelfall eine Abwägung zwischen dem Bestandsschutz und den aus den geänderten Normen resultierenden sicherheitsrelevanten Aspekten vorzunehmen. Kurzfristig wird zu dieser Thematik ein Gespräch stattfinden, an dem die Abteilungen Bauaufsicht, Feuerwehr, Schule und Hochbau teilnehmen. Über die Ergebnisse wird er den Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen in geeigneter Form informieren.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen beschließt das anliegende Maßnahmenprogramm für die bauliche Unterhaltung der Schulgrundstücke im Haushaltsjahr 2002. Dies geschieht unter dem Vorbehalt, dass die zur Verfügung

stehenden Haushaltsmittel nicht für kurzfristig anfallende unaufschiebbare Maßnahmen einzusetzen sind.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen****12. Erweiterung der Hauptschulen Eiserfeld und Achenbach**

Vorlagennr. 1756/2002

Frau Höpfner-Diezemann dankt der Verwaltung ausdrücklich für die aufschlussreiche Vorlage.

Frau Sintzen beklagt vor dem Hintergrund gestiegener Schülerzahlen die mangelhafte räumliche Ausstattung der Hauptschule Achenbach und fordert die möglichst umgehende Erstellung des Anbaues.

Es ist ein Warnsignal darin zu sehen, dass sich die Schülerzahlen allgemein rückläufig entwickeln, im Haupt- und Sonderschulsektor jedoch steigen, so Herr Pfeifer. Die Ergebnisse der Pisa-Studie sieht er hierin bestätigt.

Die Feststellung des Fehlbedarfes an Räumlichkeiten in der Geschwister-Scholl-Schule müsste in entsprechende Maßnahmen münden, fordert Herr Bieneck. Die Prognose sinkender Schülerzahlen zweifelt er stark an.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die bauliche Erweiterung der

- Hauptschule Eiserfeld und der
- Hauptschule Achenbach

in dem im Einzelnen in der Vorlage dargestellten Umfang. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2003 ff haushaltsverträglich (ohne Ausweitung der Netto-Neuverschuldung) zu veranschlagen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**